

Landmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

59929 Brilon, Buchenring 21, Telefon: 02964-1037, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de

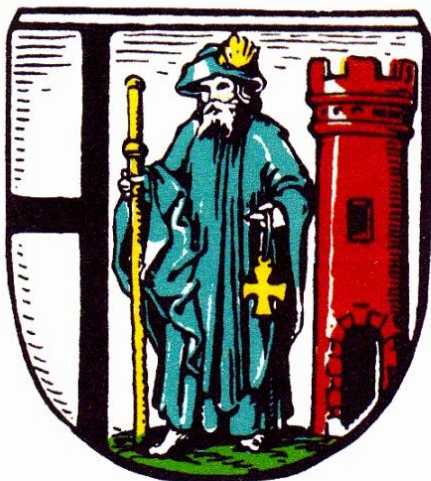
www.Ostpreussen-NRW.de



Rundschreiben 1/2017

Regierungsbezirk Allenstein

Alenstein



Stadtkreis. Die Stadt liegt am Oberlauf der Alle, wo das ermländische Domkapitel auf einer der vielen Halbinseln zwischen Windungen des Flusses eine Burg errichtete. In ihrem Schutze ließen sich Siedler in der »neuen Stadt« nieder, die 1348 erstmals erwähnt wird. Sie erhielt 1353 die Handfeste und einen großen Landbesitz. In der Burg wohnte der Kapitelsvogt, später auch der Landpropst. Dies Amt hat mehrmals Nicolaus Copernicus bekleidet. Der deutsche Charakter der Stadt blieb auch erhalten, als nach der Schlacht bei Tannenberg Masowier hinzukamen, selbst in der Zeit, als Allenstein zur Krone Polens (1466–1772) gehörte. 1817 wurde es Kreissitz. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die Stadt, als Behörden, Schulen und eine starke Garnison sich in ihr niederließen. 1895 wurde Allenstein Stadtkreis und 1905 Regierungshauptstadt. 1939 hatte sie 50 400 Einwohner. – Das Wappen zeigt in Silber den hl. Jakobus in blauer Pilgertracht mit Stab und Muschelhut, stehend zwischen einem halben schwarzen Ordenskreuz und einem roten Zinnenturm.

(Entnommen: Ostpreußische Städtewappen von Emil Johannes Guttzeit,
Herausgeber: Landmannschaft Ostpreußen, Abteilung Kultur Hamburg 1981)

Liebe Mitglieder und Freunde der Landesgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen in NRW,

mit unserem ersten diesjährigen Rundschreiben darf ich Sie herzlich grüßen und uns allen Gesundheit und eine erfolgreiche landsmannschaftliche Betätigung wünschen. Schon für das kommende Frühjahr verweise ich auf gleich zwei wichtige Veranstaltungen. **Einmal ist es unsere Frühjahrstagung in Oberhausen mit der für uns alle wichtigen Neuwahl des Vorstandes der Landesgruppe (18. März 2017)** und dem von der LO in Hamburg auszurichtenden **eintägigen Ostpreußentreffen in Neuss (13. Mai 2017)**. Unsere Landesgruppe wird dort mit einem Informationsstand vertreten sein. Nähere Angaben dazu in der PAZ und auf unserer Internetseite.



Selbstverständlich wird es in Oberhausen neben der Vorstandswahl auch einen, die ganz aktuelle politische Situation berührenden Vortrag geben.

Des weiteren darf ich Sie bitten, am gemeinsamen NRW-Treffen der **Ostpreußen, Pommern und Schlesier am 2. Juli 2017 auf dem Schlossplatz in Burg (Solingen)** zahlreich und unterstützend teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen bis zum Wiedersehen am 18. März 2017 im Haus Union.

Für den Vorstand unserer Landesgruppe

Ihr Jürgen Zauner

Am 19.2.2017 öffnet das Preußenmuseum Minden wieder: Die Ausstellung: "Das Netzwerk Preußen in Westfalen-Du bist mehr Preuße als du denkst" wird am Sonntag, 19. Februar 17 ab 13 Uhr im wiedereröffneten Preußenmuseum in Minden der Öffentlichkeit präsentiert.

Der Paukenschlag: Erika Steinbachs CDU-Austritt: Wenn eine Partei »sich selbst verliert«

Mit Erika Steinbach verliert die CDU einen ihrer letzten konservativen Sympathieträger. Das ist gefährlich für Merkels Truppe. -

Mit ihrer Klausurtagung im saarländischen Perl wollte die CDU-Spitze publikumswirksam die heiße Phase im Kampf um die Macht an der Saar einleiten, wo am 26. März ein neuer Landtag gewählt wird. Daraus wurde nichts, denn der Austritt der renommierten Konservativen Erika Steinbach aus Partei und Fraktion überschattete das Ereignis nahezu völlig. -

Steinbachs Schritt ist ein Paukenschlag. Er ist deshalb besonders schmerzhaft für Kanzlerin Merkel und ihre Partei, weil Steinbachs Gründe komplett ins Schwarze treffen. Ob bei der Atomwende, bei der (laut den Verträgen) verbotenen Haftung für die Schulden anderer Länder zur „Rettung“ des Euro-Systems oder zuletzt bei der unkontrollierten Massenzuwanderung:

Merkel und ihre Regierung hätten mehrfach geltendes Recht gebrochen, klagt Steinbach zu Recht und fügt an: „Merkels Politik ist schädlich für Deutschland.“

Vollständiger Bericht mit Zusatzinformationen unter:

<http://www.LO-NRW.de/Forum/>

Ter mine:

29. 10. 2016 Kultur- und Frauentagung in Oberhausen

18. 03. 2017 Frühjahrstagung in Oberhausen

13. 05. 2017 eintägiges Ostpreußentreffen Stadthalle in Neuß

02. 07. 2017 Schloß Burg

21. 10. 2017 Herbsttagung in Oberhausen

**Danzig Westerplatte: Museen vor Neuausrichtung.
Polens Regierung schreibt Geschichte.**

Der Grundstein für das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig wurde bereits gelegt - doch Polens rechtskonservative Regierungspartei PiS sieht

Änderungsbedarf: Die Ausstellung müsse mehr "die polnische Wahrheit" verteidigen. Steht das Land vor einer neuen Geschichtspolitik?

Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig ist ein Projekt der polnischen Vorgängerregierung, genauer: des ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk und heutigen EU-Ratspräsidenten. Bei der Grundsteinlegung vor fast vier Jahren sagte er: "Bis heute ist in allen polnischen Familien das Gedenken an die präsent, die im Zweiten Weltkrieg den höchsten Preis bezahlt haben, ihr Leben. Deshalb ist es für uns so wichtig, dass die polnische Erzählung, die polnische Stimme zu diesem Krieg, hörbar wird. Die polnische Stimme soll die Aufmerksamkeit der Welt bekommen."

Vollständiger Artikel mit Zusatzinformationen unter:

<http://www.odfinfo.de/aktuelles/2016/Polnische-Geschichte.htm>

Einigkeit und Recht und Freiheit oder

Noch ist Polen nicht verloren

Von Stephan Rauhut

Das politische Europa – die Europäische Union steckt in einer Krise. Das ist an sich nichts Neues. Hieß es doch bereits in vergangenen Krisen, dass Europa – also die Europäische Union – stets gestärkt aus solchen Krisen hervorgegangen sei. Jede Krise, die meistens mit einem über Nacht andauernden EU-Gipfel beigelegt wurde, führte zu neuen Abmachungen, Abkommen und Einigungen, an die man sich anschließend nicht hielt. Vielleicht auch, weil mancher Regierungschef, nachdem er sich von so einem Gipfel erholt hatte, merken musste, dass er sich zu Hause auch seinen Wählern zu stellen hatte, und die Erklärungen immer schwerer fielen, warum eigene Angelegenheiten, die bislang in die Kompetenz seines nationalen Parlamentes fielen, künftig „europäisiert“ werden sollten.

So wurde die ungarische Regierung von EU-Politikern angegriffen, weil sie gemäß europäischen Rechts („Schengen“) die EU-Außengrenze durch einen Zaun sicherte. Der neuen polnischen Regierung wird von deutschen EU-Politikern mit einem Ermittlungsverfahren gedroht, weil sie durch Mehrheit im Parlament, die sie durch Wahlen erlangt hat, Gesetze im eigenen Land ändert. Verdrehte Welt?

Die Mehrheit der Mitglieder der Europäischen Union will eine Begrenzung der Zuwanderung und der ankommenden Flüchtlinge durch gesicherte Grenzen. Deutschlands Regierung isoliert sich zunehmend in Europa durch ihre „Willkommenspolitik“, in deren Verbindung die bundesdeutsche Forderung nach „europäischer Solidarität“ steht, was nichts anderes heißt, als das anderen EU-Mitgliedern Flüchtlinge und Zuwanderer aufgedrängt werden sollen. Weder wollen die sogenannten Flüchtlinge in diese Länder noch wollen diese Länder diese Zuwanderung. Kann man es Polen, der Slowakei oder Ungarn wirklich verdenken? Die dort verantwortlichen Politiker sehen doch, dass wir in Deutschland - oder noch schlimmer in Großbritannien oder Frankreich - die Integration der Zuwanderung in der Vergangenheit schon nicht geschafft haben. Duisburg-Marxloh, Berlin-Neukölln oder gar die brennenden Vorstädte von Paris, Marseille oder in England sind nun nicht gerade Zeichen von gelungener Integration. Es sind auch keine guten Beispiele für die viel beschworenen europäischen Werte, sondern eher ein Zeichen für deren Abgesang. Warum sollte der Parole „Wir schaffen das“ geglaubt werden, wenn es bislang mit viel geringerer Zuwanderung und jungen Leuten, die bereits in der dritten Generation hier sind, nicht zu schaffen war?

So ganz isoliert scheint die Bundeskanzlerin noch nicht. EU-Kommissionspräsident Juncker steht noch hinter der Bundeskanzlerin, was er auch sofort dadurch zeigt, dass er Österreich heftig kritisiert, das seine Zuwanderungszahlen begrenzen will und die Grenzen kontrolliert und sichert.

Beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit: das Problem mit den Rechtsbrüchen und Risiken im Zusammenhang mit der Gemeinschaftswährung Euro ist noch nicht gelöst. Damit komme ich wieder zu Polen. Die Wahl der neuen Regierung in Warschau mit absoluter Mehrheit kam nicht überraschend. Spätestens im Frühjahr des vergangenen Jahres, als Andrzej Duda deutlich gegen den liberalen Amtsinhaber Komorowski die Wahl gewann, war klar, dass auch die Parlamentswahl im Herbst für die bis dahin regierenden Liberalen (PO) in einer Niederlage enden würde. Deshalb verabschiedete die alte Regierung unter der Führung der PO noch schnell einige Gesetze und ernannte neue Verfassungsrichter. Immerhin waren 14 der 15 Verfassungsrichter von der Vorgängerregierung benannt worden. Die Kritik an der Neufassung des Rundfunkgesetzes muss besonders dann als seltsam erscheinen, wenn sie von deutscher Seite kommt. Hängt doch die Besetzung der Rundfunkräte in der Bundesrepublik Deutschland sehr stark von der parteipolitischen Bindung ab.

30. Januar 1945 – Der Untergang der *Wilhelm Gustloff*

Die *Wilhelm Gustloff* war ein Kreuzfahrtschiff das im Zweiten Weltkrieg als Lazarettenschiff, Truppentransporter und Wohnschiff der Kriegsmarine eingesetzt wurde. Bei ihrer Versenkung durch das sowjetische U-Boot S-13 vor der Küste Pommerns, am 30. Januar 1945, kamen mehr als 9.000 Menschen ums Leben.

An Bord waren hauptsächlich Flüchtlinge, die vor der anrückenden Roten Armee flohen.

Der Untergang der *Wilhelm Gustloff* war die verlustreichste Katastrophe in der Geschichte der Seefahrt.

Kommandant von U 13 war Alexander Iwanowitsch Marinesko. Er versenkte auch noch am 10. Februar 1945 die Steuben. Er wurde aus verschiedenen Gründen unehrenhaft aus der Roten Armee entlassen, aber später rehabilitiert.

In der Novelle „Im Krebsgang“ Günter Grass, wird Marinesko eine wichtige Rolle zuteil.

Zusammengestellt: R. Maywald, Quelle: Internet - Eigenwissen

Deutschland, der gehorsame Zahler

Namibische Volksgruppen fordern Entschädigung für Entrechtung und Opfer während der deutschen Kolonialherrschaft

Deutschland soll wieder einmal zahlen. Am 6. Januar 2017 wurde es amtlich: Mehrere namibische Volksgruppen verlangen von Deutschland Entschädigung. Die Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ) berichtete hierüber zuletzt am 11. Januar 2014 in einem sehr informativen Artikel, in dem auch auf die Vorgeschichte, die Massaker an 108 deutschen Siedlern, eingegangen wurde. Diese Massaker, nach heutigen Maßstäben terroristische Aktionen, haben 1904 die Regierung des Deutschen Reiches bewogen, deutsche Truppen gegen die Herero einzusetzen. Dies hat allerdings nachweislich bei Weitem nicht zu den Opferzahlen geführt, die im Zuge der jetzigen Entschädigungsforderungen im Raum stehen.

Gleichwohl haben Vertreter der Volksgruppen der Herero und Nama aus Namibia in New York eine Sammelklage gegen Deutschland eingereicht, um Entschädigungszahlungen wegen des angeblichen Völkermords zu erreichen. In der Klage heißt es, in der Zeit der deutschen Kolonialherrschaft über das damalige Deutsch-Südwestafrika (das heutige Namibia) sei zwischen 1885 und 1903 ein Viertel des Landes der Herero und Nama mit Einverständnis der Kolonialbehörden von deutschen Siedlern enteignet worden. Geduldet von den Kolonialbehörden hätten die Siedler Frauen und Mädchen vergewaltigt und der Bevölkerung Zwangsarbeit auferlegt. Bei einem 1904 einsetzenden Aufstand habe der deutsche General Lothar von Trotha einen Vernichtungsfeldzug geführt, in dem 100000 Herero und Nama getötet worden seien.

Die Klageführer geben an, dass sie im Namen „aller Herero und Nama weltweit“ auftreten. Sie verlangen „Entschädigung für den Völkermord“, der damals unter der deutschen Kolonialverwaltung verübt worden sei. Herero-Chef Vekuii Rukoro hatte im Oktober 2016 bei einem Aufenthalt in Berlin angekündigt, dass die namibischen Volksgruppen von der Bundesregierung Entschädigungszahlungen verlangen würden. Eine Entschuldigung genüge nicht.

Das Berliner Auswärtige Amt führte ab 2014 mit der Regierung in Windhuk Gespräche über die Aufarbeitung der Gräueltaten. Zwar bezeichnete die Bundesregierung die Massaker als Völkermord, lehnte Entschädigungszahlungen und unmittelbare Verhandlungen mit den Herero und Nama bisher aber ab, weil die historischen Ereignisse erst seit Inkrafttreten der UN-Völkermord-Konvention 1951 als Genozid eingestuft werden könnten. Herero-Chef Rukoro und Nama-Chef David Frederick sehen dies anders und verlangen außerdem, dass Vertreter ihrer Gruppen in Verhandlungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Namibias einbezogen werden.

Nachdenklich stimmt, dass die Klage in New York eingereicht wurde. Dass sich die Vereinigten Staaten selbst als „Weltgerichtshof“ verstehen, ist eine Sache. Eine andere ist, ob ein wirklich souveränes Land in einer derartigen Sache einen Gerichtsstand New York akzeptieren würde. Reparationsansprüche aus Kriegsereignissen stehen zudem völkerrechtlich dem verletzten Staat und nicht Einzelpersonen oder auch Personenmehrheiten zu. Zivilrechtliche Klagen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen beziehungsweise schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts haben in der Staatenpraxis bislang jedenfalls keinen Erfolg gehabt. Die in New York eingereichten Klagen der beiden namibischen Volksgruppen müssten nach allen bisher ergangenen vergleichbaren Entscheidungen ins Leere gehen. Wäre es anders, sollte die Preußischen Treuhand erwägen, ebenfalls eine Sammelklage in New York wegen der Vertreibungsverbrechen an Deutschen und Volksdeutschen einzureichen.

Nachdem die Pforten neuer Entschädigungsforderungen gegen Deutschland geöffnet sind, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich weitere Geschädigtengruppen formieren, um ihrerseits Forderungen geltend zu machen. Erinnert sei an den Boxeraufstand in China von 1899 bis 1901 oder den Maji-Maji-Aufstand im Süden Deutsch-Ostafrikas in den Jahren 1905 bis 1907. US-amerikanische Anwälte erinnern sich bestimmt. Ganz sicher wittern sie schon ihre Chance.

Doch es stellt sich noch eine andere Frage: Warum werden immer nur Forderungen gegen Deutschland geltend gemacht, warum nicht gegen Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, die Niederlande, das Osmanische Reich, Belgien, Japan und andere ehemalige Kolonialmächte? Warum werden die arabischen Staaten niemals wegen des Sklavenhandels, der fest in ihrer Hand war, in die Pflicht genommen? Die Antwort denke ich, liegt auf der Hand: Anders als andere Staaten wird Deutschland zahlen – vielleicht nicht individuell, aber doch in einen Entschädigungsfonds.

Wilhelm Kreuer (Abgedruckt in der Preußischen Allgemeinen Zeitung Nr. 4 vom 27. Januar 2017 mit Ergänzungen durch den Verfasser)